

Krieg oder Frieden! Sozial und gerecht?

Anfrage an das BSW zu familien- und sozialpolitischen Themen anlässlich der Landtagswahl Sachsen am 01.09.2024

„Ihre Stimme für das BSW in Sachsen ist eine Garantie dafür, dass künftig die Interessen von Familien, Arbeitnehmern, Unternehmern und Rentnern im Mittelpunkt der Politik Sachsens stehen.“ „Einen übergriffigen Staat lehnen wir ab. Das Gleiche gilt für den neuen politischen Autoritarismus, der sich anmaßt, Menschen zu erziehen und ihren Lebensstil oder ihre Sprache zu reglementieren.“¹,

„Respekt vor der individuellen Freiheit seiner Bürger“²

I. Was verbindet das BSW mit sozialer Gerechtigkeit für das Leben und die Zukunft der Familien?

Wie steht das BSW zur elterlichen Autonomie und einem selbstbestimmten Leben im Alter in einer „fairen Leistungsgesellschaft“³ ?

**II. Wird Arbeit erst mittels eines Einkommens zur Arbeit?
Ist einzig die Erwerbsarbeit, als wertschöpfend anzuerkennen?
Wie verhält es sich mit der Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit?**

III. Gemeinwohl und Rente: Wird in der Politik des BSW der Zusammenhang zwischen Elternarbeit und Alterssicherung Bedeutung gewinnen?

Unsere Wahrnehmung, ob wir in guten oder schlechten Zeiten leben, hängt bekanntlich weniger davon ab, was wir haben, sondern davon, worauf wir uns zubewegen. Und das schaut wenig zuversichtlich aus. Armut dringt immer stärker in die Mitte der Gesellschaft. Besonders bei Familien, als Kinderarmut thematisiert, und Rentnern steigt das Armutsrisiko.

Die Familienpolitik war und ist in unserem seit mehr als drei Jahrzehnten vereinten Land nie nebensächlich, sondern darauf ausgerichtet, durch Verschlechterung der sozialen Bedingungen, den Familien die Lust auf Kinder zu nehmen. Die Geburtenstatistiken zeigen deren Erfolge: ein erschreckender Abwärtstrend. Zuwanderung scheint die Folgen der schrumpfenden und überalterten Bevölkerung weder kaschieren noch mindern zu können, schafft vielmehr weiteren gesellschaftlichen Sprengstoff.

„Unser heutiges Sozialsystem hat die Versorgung der Rentner durch die nachfolgende Kindergeneration vergesellschaftet, aber die Kosten der Kinder weiter ganz überwiegend bei den Eltern belassen. Folge ist eine mit steigender Kinderzahl zunehmende Verarmung von Eltern und Kindern, sowie ein Rückgang des Kinderwunsches und damit eine Verringerung der Kinderzahl. Das führt mit zeitlicher Verzögerung zu Arbeitskräftemangel und zunehmendem Versagen von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und damit letztlich zum Versagen unserer Gesellschaft.“⁴

I. Was verbindet das BSW 2024 mit sozialer Gerechtigkeit für das Leben und die Zukunft der Familien? Wie steht das BSW zur elterlichen Autonomie und einem selbstbestimmten Leben im Alter in einer „fairen Leistungsgesellschaft“⁵ ?

Das BSW richtet sich in seiner Ansprache an den „einfachen und fleißigen“ Bürger. Dieser Bürger aus der oft beschriebenen hart arbeitenden Mitte wird mehrfach vernachlässigt. Eine Vollbeschäftigung reicht oft nicht mehr zur Existenz, die in allen ihren auch persönlichsten Planungen wie ein Familienleben an vollbeschäftigte Erwerbsarbeit gebunden ist. Wir alle haben keine Zeit darauf zu warten, dass sich unsere Welt

verändert. Es ist Zeit, große und chaotische Herausforderungen anzugehen. Es ist an der Zeit, pragmatisch wie perspektivisch zu agieren. Die Bürger machen sich begründet „Sorgen um ihre und die Zukunft ihrer Kinder“⁶.

In der westlichen Welt scheint die Familie in ihrer Bedeutung, Wertschätzung und Notwendigkeit zu kollabieren. Während früher ein Großteil der Erziehungstätigkeit dort bzw. in deren Umfeld stattfand und als Teil des Lebens begriffen wurde, ist Erziehung heute kommerzialisiert, wird von sogenannten Experten ausgeübt und ist nicht mehr Teil des normalen Lebens, vielmehr Vorbereitung und Einstieg in die Berufstätigkeit als abgestumpfter Digitalsklave in einer technisierten Arbeitswelt. Folglich reduziert man die Kinder auf den Status von Funktionsträgern für die Gesellschaft und damit auf einen Wirtschaftsfaktor?

- „Soziale Gerechtigkeit“⁷ heißt für mich den Anspruch auf eine gerechte Verteilung staatlicher Mittel, also Steuergelder, und die Freiheit der Bürger über die sie betreffenden grundlegenden menschlichen Belange selbst zu entscheiden und entsprechend zu handeln.

„Bürger, und insbesondere Eltern und erwachsene Kinder werden gezwungen ihre Kinder und Angehörigen in staatliche Einrichtungen zu geben, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Von Wahlfreiheit kann keine Rede sein. Die Nötigung zur Abgabe von Betreuung und Erziehung der Kinder wie die Pflege der Alten an den Staat oder privatwirtschaftliche Institutionen, steht fern dem Grundgesetz (Art. 3 Abs. 1 GG).“⁸

- Das Stoppen „der Privatisierung und Kommerzialisierung existentieller Dienstleistungen, etwa im Bereich Gesundheit, Pflege oder Wohnen“⁹ ermöglicht nicht automatisch Selbstbestimmung. Es ändert wenig, wenn autonome Entscheidungen zu familiären Grundsätzen wie Erziehung, Pflege und Betreuung beschnitten wird, indem die finanziellen Mittel überwiegend fern der Betroffenen landen. Fortschreitende Bürokratisierung, gleich das Verwalten der (frühen) Kindheit oder in der Pflegephase als Arbeitsbeschaffungsprogramm bzw. Geschäftsmodell der speziellen Art, wird gern oder bewusst übersehen.

- „Weil Kita-Plätze fehlen und unsere Gesellschaft alles andere als familienfreundlich ist ...“¹⁰

Kitaplätze auch für die U3-Kinder stehen für Familienfreundlichkeit?

Die Kita als bislang unbelegtes Mittel der Chancengleichheit gepriesen, ist meiner Meinung nach eher ein Werkzeug zum Konditionieren oder/und Finanzquelle diverser Institutionen. Verwaltete Verwahrung in schnell hochgezogenen wie vollgestopften Kitas mit überlasteten Betreuern, angepriesen als Bildungschancen sowie Leuchttürme der Emanzipation. Eine opportune Verwertung kindlicher Bedürfnisse plus die Anpassung der Familien an den vorherrschenden Wettbewerb.

Die Kinder reduziert man auf den Status von Funktionsträgern für die Gesellschaft und damit auf einen Wirtschaftsfaktor.

- Die für Eltern und Familien direkt verfügbaren Unterstützungen befinden sich in Schieflage zu den unverhältnismäßig hohen staatlichen Zahlungen an Betreibergesellschaften: die Ausbau-, Umbau-, Erhaltungs- und Betriebskosten. Der immer mehr zutage tretende schlechte Zustand der Kitas und die üblich gewordenen langen Betreuungszeiten von 45 Stunden/Woche offenbaren die Absurdität der propagierten frühkindlicher Bildung.

- „unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft“¹¹

Gabler Wirtschaftslexikon: „In der Leistungsgesellschaft hängen Status, Einkommen und Einfluss der Individuen von den individuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungen ab.“¹²

Die einseitige staatliche Privilegierung institutioneller Betreuung untergräbt die Autonomie der Eltern. Lebenswege – der Lebensanfang, die Ausbildung, die Familienzeit bis hin zum Lebensende – werden versachlicht und den Anforderungen einer sogenannten Leistungsgesellschaft angepasst. Diese Objektivierung der Kinder und der Kindheit wie der Familien beeinträchtigt oder zerstört diese. Viele Eltern und somit Familien verlieren sich in ihrer steten, kaum mehr zu hinterfragenden Anpassung an die Ansprüche einer Gesellschaft, die von den Leistungen des Einzelnen, die von ihm wenig zu steuern sind, für dessen soziale Stellung und Ansehen ausschlaggebend sein sollen.

II. Wird Arbeit erst mittels eines Einkommens zur Arbeit? Ist einzig die Erwerbsarbeit als wertschöpfend anzuerkennen? Wie verhält es sich mit der Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit?

Es hat sich viel verändert in den letzten Jahren, letztlich hat uns die Corona-Inszenierung nicht allein eine Riesenblase hohler Begrifflichkeiten beschert und in eine despotische, unfreie und stickige Atmosphäre abgleiten lassen, auch neue Arbeitsformen und atypische Arbeitsverhältnisse wie bspw. Gig Economy mit den flexiblen Arbeitsverhältnissen und den Plattformen sowie Telenarbeit wurden etabliert bzw. verfestigten sich.

Die Abschaffung des Rechts auf Unversehrtheit des Körpers war noch nicht durchzusetzen.

„Millionen Menschen arbeiten hart, um sich und ihren Familien ein gutes Leben zu ermöglichen.“¹³

Die Arbeit, nach DWDS die *„zweckgerichtete Tätigkeit, für die man Zeit und Mühe aufwendet“¹⁴*, wird nach wie vor mit der gegen Entgelt ausgeführten gleichgesetzt.

Die Industrialisierung verschob einst die Erwerbsarbeit in Fabriken und Büros und entwertete die im Haushalt verbleibende unbezahlte Arbeit. In unserer postindustriellen Zeit bleibt Erziehungs-Pflege und Betreuungsarbeit ohne Bezahlung, ohne gesellschaftliche Wertschätzung und anscheinend ohne Notwendigkeit.

Arbeiten Rentiers und Erben?

- Interessant wird so, dass 2006 Franz Müntefering als Bundesminister für Arbeit und Soziales frei nach dem 2. Thessalonicherbrief des Apostels Paulus verkündete: *„Nur wer arbeitet, soll auch essen“¹⁵*.
- Der Artikel 12 der Verfassung der Sowjetunion von 1936: *„Die Arbeit ist in der UdSSR Pflicht und Ehrensache jedes arbeitsfähigen Staatsbürgers nach dem Grundsatz: ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.‘“¹⁶*
- In der DDR gab es für arbeitsfähige Frauen und Männer eine strafrechtlich verankerte Pflicht zur Arbeit (§ 249 StGB der DDR). Ein zugewiesener Krippenplatz verpflichtete zur Arbeitsaufnahme.¹⁷
- Georgina Alfonso González, Direktorin des Kubanischen Instituts für Philosophie, schrieb 2021 in ihrem Text anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919:
*„Die Zweiteilung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten verdeckt den gesellschaftlichen Reichtum, den die Arbeit der Frauen hervorbringt, und macht deutlich, dass die Arbeit der Reproduktion von Leben eine weibliche Aufgabe ist, die in der Arbeitswelt keine Rechte hat.
Es sind die Theorien des Feminismus, die die Debatte über die Unsichtbarkeit der Hausarbeit und ihre entscheidende Rolle bei der Reproduktion der Arbeitskraft und des ökonomischen Mehrwerts des Kapitals in Gang gesetzt haben ...
Von Seiten der Wissenschaft und der Frauenbewegung fordern marxistische*

Feministinnen die Anerkennung der Werte, die der reproduktiven (häuslichen) Arbeit innewohnen, und heben die Merkmale dieser Art von Arbeit hervor, die im Wesentlichen im Haushalt verrichtet wird und deren Ziel es ist, für das Leben und das Wohlbefinden der Menschen zu sorgen.¹⁸

- Andrea Komlosy, Professorin i. R. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, äußerte sich 2021 zur Zukunft der Arbeit: *„Der absehbare Verlust der globalen Führungsrolle der westlichen Industrieländer könnte aber auch positiv interpretiert werden – im Sinne einer Rückbesinnung auf regionale Kreisläufe, schonenden Ressourceneinsatz, Haltbarkeit, Reparatur und Wiederverwertung statt Neuanschaffung, mit einer Neudefinition von Arbeit, die gesicherte Erwerbstätigkeit, Sorgearbeit und Ehrenamt in ein sinnvolles, sozial und geschlechtsspezifisch ausgewogenes Gleichgewicht bringt.“*¹⁹
- Mary Ann Mason 2008: *„Dies kann die Generation werden, die die Arbeitswelt mit der Stimme ihrer Füße ändert, darauf besteht, dass die Arbeitswelt ein Platz für Familien ist, anstelle dass die Familien sich der Arbeitswelt anpassen. Dies kann die Generation werden, dass jede Zeit eine gute Zeit ist, und sein sollte, um ein Baby zu bekommen.“*²⁰

Was liegt näher, als die Gewissheiten, was Arbeit ist, und was sie sein soll, im Lichte historischen und globalen Wandels neu zu überdenken? Auch unter dem Aspekt der Familie, der Kinder – nicht mehr und nicht weniger der Erhaltung der Gesellschaft?

III. Gemeinwohl und Rente:

Wird in der der Politik des BSW der Zusammenhang zwischen Elternarbeit und Alterssicherung Bedeutung gewinnen?

*„Millionen ältere Menschen können nach einem langen Arbeitsleben ihren Ruhestand nicht genießen, weil ihre Renten demütigend gering ausfallen.“*²¹

Ja, eine Feststellung, die inzwischen von keiner Seite zu leugnen ist.

Ein leistungsgerechtes Rentenkonzept statt Kollaps fordert seit Jahren der Verband Familienarbeit e. V. und verweist auf die Folgen der Leugnung des Zusammenhangs zwischen Elternarbeit und Alterssicherung. Die Alterssicherung wurde sozialisiert, die Kinderkosten blieben privat:

*„Zusammenfassend ist festzustellen, dass unser Sozialsystem auf einer Fehlinterpretation des Arbeitsbegriffs beruht, der nur herkömmliche Erwerbsarbeit als wertschöpfend anerkennt, aber die Wertschöpfung der elterlichen Erziehungsleistung ignoriert. So wurde die seit Menschengedenken an die Erziehung eigener Kinder gebundene Alterssicherung zum Alterslohn nach Erwerbsarbeit pervertiert. Diese Abwertung der Elternleistung hat den gemeinsam gelebten Alltag von Eltern und Kindern, aber auch die Solidarität zwischen Kinderlosen und Eltern weitgehend zerstört.“*²²

Zu beachten ist, Kinderlose, zumeist Doppelverdiener, haben Anspruch auf doppelte Rente, die von den Kindern, von deren Eltern oftmals nur ein Teil oder in Teilzeit gearbeitet hat, und die Kinderkosten überwiegend selber getragen haben, erbracht werden müssen. Ein gerechtes Rentensystem muss zwingend Bestandteil sozialer Gerechtigkeit sein.

- Sahra Wagenknecht am 04.07.2024 im Gespräch mit der NOZ: *„Daß immer mehr Rentner auf Sozialhilfe angewiesen sind, zeigt, daß das deutsche Rentensystem viele alte Menschen zu entwürdigender Armut verdammt.“*²³
Ebenso sind immer mehr Familien auf Sozialhilfe angewiesen, das geltende

Rentensystem verdammt auch die Zahlenden, die Familien zu entwürdigender Armut.

- Der Soziologe Claus Offe am 01.05.2023: *„Zugleich bewegen wir uns auf eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation hin. Je reicher die Volkswirtschaften sind, desto geringer ist ihr weiteres Wachstum. Das heißt, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Arbeitsverträge und Arbeitslöhne ist ein Modell, das nicht mehr ausreicht. Deshalb muss es andere Modelle geben, nämlich Grundeinkommen, Transfer, nationale Dividenden, also die Verteilung gesamter volkswirtschaftlicher Leistungen und Erträge an Bürgerinnen und Bürger – und nicht nur an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“*²⁴

Resümee

Ihr wollt etwas Neues, etwas Gutes auf den Weg bringen. Das ist anerkennenswert. Jedoch verlangt Neues eine Ursachenanalyse und die Abwägung der Perspektiven. Denkgrenzen, Denkmuster und Vorstellungen überwinden. Austausch gleich Toleranz, Akzeptanz und Kooperation. Einzig mit Anstand und Willen wird das Neue kaum zu schaffen sein.

Jede Forderung nach Verbesserung der Lebensumstände ist eine Forderung im bestehenden neoliberalen Wirtschaftssystem. Zur *„Bewahren unserer natürlichen Lebensgrundlagen“*²⁵ und dem *„Respekt vor der individuellen Freiheit seiner Bürger und eine offene Diskussionskultur“*²⁶ fehlt mir die Perspektive, der Aufbau eines Vertrauens in die Zukunft.

Und die Jugend?

*„Wenn eine Generation, die anders als andere noch niemals in ihrem Leben das Gedeihen der Demokratie erfahren hat, weiter lernt, an den Untergang zu glauben, dass sie selbst nicht zählt, und keine Antworten in Sicht sind, dann sind alle Bedingungen für die Zersetzung von Demokratie erfüllt. Das hat sich in der Geschichte mehrfach bewahrheitet.“*²⁷, schrieb am 12.06.2024 Diana Kinnert, 1991 in Wuppertal-Elberfeld geboren, in der Berliner Zeitung.

Katrin U. Ernst

www.frodemund.de

info@frodemund.de

verheiratet, 2 Kinder, 3 Enkel

seit 1987/1990 freiberuflich als Designer im Bereich strategischer und systemischer Planungen tätig

Leipzig, 06.08.2024

Quellen

- 1 BSW_Sachsen_Kurzwahlprogramm.pdf
- 2 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 3 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 4 Pressemeldung Juli 2024 „Die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung erschwert die Gleichberechtigung der Geschlechter“, Verband Familienarbeit e. V.
<https://familienarbeit-heute.de>
- 5 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 6 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 7 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 8 Dr. Johannes Resch, 70 Jahre „Schutz der Familie“ im Grundgesetz – eine bittere Bilanz, Familienarbeit heute 2019/2,
<https://familienarbeit-heute.de/70-jahre-schutz-der-familie-im-grundgesetz-eine-bittere-bilanz-fh-20192>
- 9 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 10 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 11 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 12 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 13 <https://wirtschaftslexikon.gabler.de>
- 14 <https://www.dwds.de>
- 15 ZEIT online, 10.5.2006
- 16 <https://www.verfassungen.net>
- 17 Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik -StGB, § 249, 5. Abschnitt „Sonstige Straftaten gegen die allgemeine, staatliche und öffentliche Ordnung“,
<https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/asozialenparagraph-arbeitslos-opposition-arbeitslager-zwangsadoption-100.html>
- 18 <https://www.kommunisten.de/rubriken/meinungen/8082-feminismus-marxismus-und-sozialismus-eine-hommage-an-rosa-luxemburg>
- 19 Andrea Komlosy, Sozialpolitik in Diskussion, Heft 23 „Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit“, Seite 28
- 20 Mary Ann Mason, Nicholas H. Wolfinger, Marc Goulden, „Do Babies Matter?: Gender and Family in the Ivory Tower“, Rutgers University Press, 2013
- 21 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 22 <https://familienarbeit-heute.de/unser-rentenkonzept>
- 23 <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/altersarmut-mehr-rentner-als-je-zuvor-auf-sozialhilfe-angewiesen-47356188>
- 24 „Hat die Arbeitsgesellschaft eine Zukunft?“, JACOBIN-Interview mit Claus Offe, 01.05.2023,
<https://www.jacobin.de/artikel/claus-offe-hat-die-arbeitsgesellschaft-eine-zukunft-arbeitszeit-wohlfahrtsstaat>
- 25 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 26 BSW_Parteiprogramm.pdf
- 27 Diana Kinnert (1991 in Wuppertal-Elberfeld geboren), Berliner Zeitung, 12.06.2024